



Im Fokus: Folgen des Ukraine-Kriegs für die Energiewirtschaft



11011

Der Kommunalbrief

Drittes Quartal 2022 | Q3

Energie als Waffe – der Druck steigt.

Der Krieg in der Ukraine dauert an. Russland drosselt die Gaslieferungen, von denen wir noch abhängig sind. Unser Prinzip: Im Frühjahr und Sommer speichern wir Gas als Vorrat für den Winter. In diesem Jahr ist alles anders.

Wer am Gashahn dreht, zielt buchstäblich mit Energie als Waffe auf unsere Achillesferse. Der angestrebte Füllstand aller Speicher allein würde nur für zwei, drei kalte Monate reichen, so die Bundesregierung. Entsprechend arbeitet die Bundesnetzagentur bereits an Plänen für die Notfallstufe einer Gasmangellage: Privathaushalte als geschützte Kunden würden bestmöglich versorgt. Doch die Industrie müsste schlimmstenfalls vom Netz. Das würde unsere Volkswirtschaft bis ins Mark erschüttern. Unser Wohlstand wäre bedroht. Parallel dreht sich die Preisspirale an den Energiebörsen bereits schneller und befeuert die Inflation. Das spüren wir im Supermarkt, beim Tanken und bei der Nebenkostenabrechnung. Je knapper das Gas, desto teurer wird es. Und auch die Daseinsvorsorge gerät unter Druck. Versorgungssicherheit hat ihren Preis. Die Bundesregierung stemmt sich dagegen – mit vielen, guten Ansätzen wie LNG-Gas, Erneuerbaren-Ausbau oder der Rückkehr der Kohlekraftwerke. Manches fehlt den Stadtwerken, wie die Liquiditätsabsicherung im otc-Handel. Wichtig: Maßnahmen müssen ihr Ziel erreichen und dürfen nicht zu weiterer Verteuerung für Verbraucher führen – wie Strafzahlungen für KWK, die auf Gas für die Wärmeerzeugung angewiesen ist.

In dieser Ausgabe stehen daher die Folgen des Ukraine-Kriegs für die Energiewirtschaft im Fokus und unsere Positionen. Und noch ein Hinweis: Als VKU unterstützen wir die BMWK-Kampagne Energiewechsel. Denn weniger Gas zu verbrauchen und Energie einzusparen, ist unsere Chance. Jeder nach seinen Möglichkeiten. Jede Kilowattstunde, die wir einsparen, kann unsere Ausgangslage im Winter verbessern. Die Kommunalwirtschaft gibt weiter ihr Bestes – für die Daseinsvorsorge, für uns alle.

Schwerpunkte dieser Ausgabe



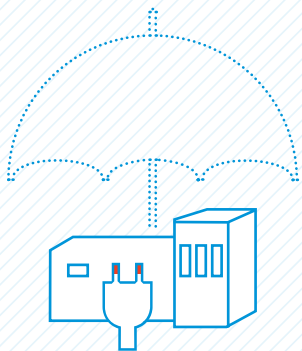
In dieser Ausgabe stehen die Folgen des Ukraine-Kriegs und das Streben nach Unabhängigkeit von russischer Energie im Fokus. Es geht u. a. um einen möglichen Gaslieferstopp, Liquidität und kommunale Wärmeplanung. Außerdem lesen Sie, wie die Wasserwirtschaft sich für einen Dürre-Sommer wappnet.

Ökonomische Folgen Gaslieferstopp.....	2
Energiepolitik Ukraine-Krise.....	3
Kommunale Wärmeplanung.....	4–5
Ukraine-Hilfe.....	6
Klima-Anpassung Hitzesommer.....	7
IFAT.....	8





In einer Gasmangellage drohen der Zusammenbruch wichtiger Lieferketten, Stillstand in der Industrie und die Vernichtung von Arbeitsplätzen sowie weiter steigende Preise.



Bei den Liquiditätsabsicherungen gilt: Auch kommunale Versorger abschirmen – mit Garantie für Over-the-Counter-Handel! Denn der Ausfall einzelner kommunaler Unternehmen kann die gesamte Energieversorgung ins Wanken bringen.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Ukraine-Krieg: Folgen für Energiewirtschaft

Der russische Überfall auf die Ukraine führt zu unbeschreiblichem Leid vor Ort. Gleichzeitig hat er auch enorme Auswirkungen auf unsere eigene Lebensweise und zeigt, wie abhängig wir von russischen Energieimporten sind, vor allem von Gas. Daher ist es richtig, uns so schnell wie möglich unabhängig davon zu machen: kurzfristig durch eine Diversifizierung des Energieportfolios und mittel- bis langfristig durch klimaneutrale Energien.

Folgen eines Gaslieferstopps kaum beherrschbar

Die Sorge vor einem Gaslieferstopp bei den kommunalen Unternehmen ist groß. Die Auswirkungen für Wirtschaft und Gesellschaft wären kaum beherrschbar. In einer Gasmangellage drohen der **Zusammenbruch wichtiger Lieferketten, Stillstand in der Industrie und die Vernichtung von Arbeitsplätzen sowie weiter steigende Preise.**

Bereits auf Importstufe Unternehmen abstützen

Deswegen ist es wichtig, uns bestmöglich auf eine solche Lage vorzubereiten. Das neue Energiesicherungsgesetz (EnSiG) ist ein erster, wichtiger Schritt. Wir brauchen jedoch weitere Maßnahmen, vor allem einen **Schutzschild für kommunale Energieversorger**, um die ökonomischen Folgen eines Gaslieferstopps für Energiewirtschaft und Energieverbraucher zu begrenzen. Noch effektiver als die nun im EnSiG verankerte Kostenweitergabe wäre es, bei einem Lieferstopp die Preise bereits auf der Importstufe abzustützen. So könnten in der Lieferkette Lieferverpflichtungen gegenüber nachgeordneten Marktakteuren zu den vereinbarten Konditionen weiter erfüllt werden.

Nicht nur Börse: Auch Stadtwerke sind systemrelevant

Richtig sind auch die Liquiditätsunterstützungen für die Energiewirtschaft, die auf den Weg gebracht wurden. Allerdings sind sie auf große Unternehmen beschränkt, die an den Börsen handeln. Auch kommunale Energieversorger müssen besser gegen die Risiken eines Lieferstopps abgeschirmt werden. Dazu gehört eine Garantie für den sogenannten Over-The-Counter-Handel (OTC). Bereits heute ist der Gasmarkt mangels genügend Anbieter nicht mehr voll funktionsfähig. **Klar ist: Stadtwerke sind in Summe systemrelevant. Der Ausfall einzelner kommunaler Unternehmen kann die gesamte Energieversorgung ins Wanken bringen. Hier muss Politik dringend handeln.**





Entschlossenheit beim EE-Ausbau, Probleme bei KWK & Wärme

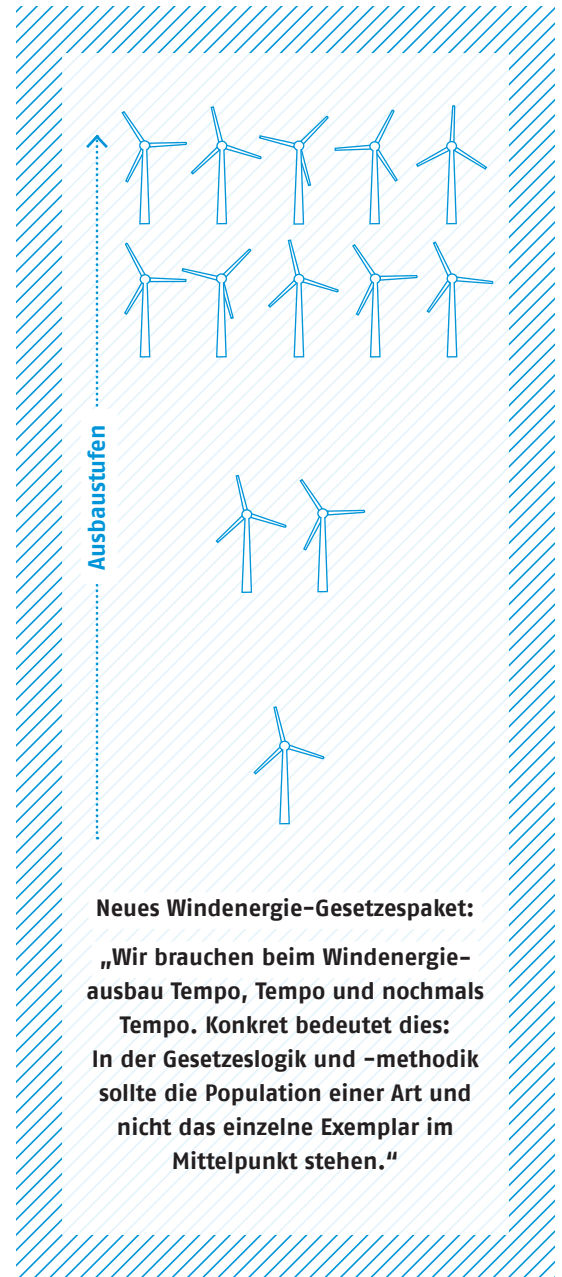
Der Ausbau der Erneuerbaren Energie muss erheblich beschleunigt werden. Nur so werden wir dauerhaft unabhängiger von Energieimporten und erreichen die Klimaziele. Die Bundesregierung hat einige Gesetze auf den Weg gebracht, die von Entschlossenheit zeugen, hier mehr Tempo zu machen. Dazu gehören u. a. eine EEG-Novelle, das Wind-an-Land-Gesetz und Anpassungen am Bundesnaturschutzgesetz. Diese Gesetze enthalten wichtige Verbesserungen für den EE-Ausbau. So etwa höhere EE-Ausbauziele, bessere Rahmenbedingungen für Photovoltaik sowie eine höhere Flächenverfügbarkeit für Windenergie.

Allerdings besteht bei den Rahmenbedingungen noch Luft nach oben. Mieterstrom spielt nach wie vor eine nachgeordnete Rolle, obwohl er maßgeblich zur urbanen und sozialen Energiewende beitragen kann. Bei der Windenergie ist es ein Fehler, auf den Schutz einzelner Vögel statt auf den Erhalt ihrer Art abzustellen. Auch starre Mindestabstände zu Brutplätzen sind nicht die Lösung. Besser wäre auf ein probabilistisches Verfahren im Artenschutz umzustellen, welches die Risiken für die Tierwelt anhand statistischer Schwellenwerte ermittelt.

Verschlechterung für KWK und Wärmenetze problematisch für Versorgungssicherheit

Die gleiche Entschlossenheit wie beim EE-Ausbau ist auch beim Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und der Fernwärme notwendig. Die jüngsten Gesetzesinitiativen der Bundesregierung verschlechtern die Rahmenbedingungen für beide. Sie sind jedoch für den EE-Ausbau und für die Versorgungssicherheit in Strom und Wärme unverzichtbar. Mit Wasserstoff oder anderen klimaneutralen Gasen sowie Wärmenetzen werden sie einen dauerhaften Beitrag zu einer klimaneutralen Strom- und Wärmeversorgung leisten. Die kann jedoch nur gelingen, wenn neue Gas- und später KWK-Anlagen in erheblichen Umfang zugebaut werden.

Die jüngsten Regelungen im Osterpaket erschweren durch neue Anforderungen den Bau von KWK-Anlagen. Noch schwerwiegender für KWK und Wärmeversorgung wirkt das Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz. Die dort vorgesehene Pönale für Erdgasverstromung auch für KWK-Anlagen gefährdet die Wärmeversorgung. Damit wird ein falsches Signal gesendet, da die Fernwärme künftig eine tragende Rolle bei der Dekarbonisierung der Wärme spielen wird.



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Direkt zu

[Verbände-Appell zur Beschleunigung des Windenergieausbaus](#)



Kurve kriegen bei der **Wärmewende**

Der Wärmesektor ist ein schlafender Riese, wenn es um weiteres, langfristiges Potenzial für die Unabhängigkeit von russischem Gas sowie CO₂-Einsparungen geht. Es ist an der Zeit, ihn aufzuwecken. Das klappt mit der flächendeckenden und verbindlichen kommunalen Wärmeplanung.

Problem: 85 Prozent fossile Energie

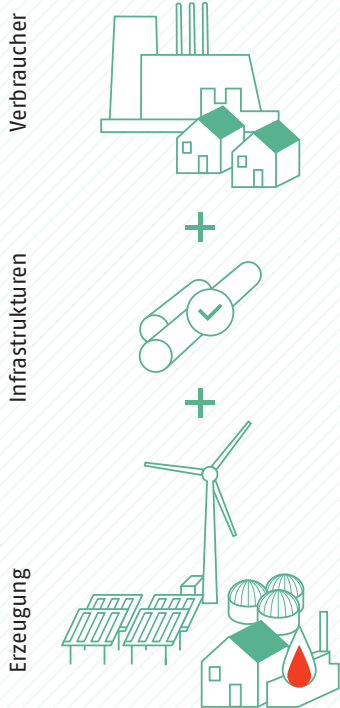
Die Wärmeversorgung speist sich noch immer zu ca. 85 Prozent aus fossilen Energien. Trotz ambitionierter Klimaziele für 2030 und 2045 stagniert die Emissionslast im Gebäudesektor seit Jahren bei ca. 120 Millionen Tonnen. Knackpunkt bleibt der Gebäudebestand. Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil der klimaneutral erzeugten Wärme auf mindestens 50 Prozent bis 2030 anzuheben.

Was beachten? Besonderheiten des Wärmemarktes

Wärme ist ein lokales Produkt: Potenziale (z. B. Geothermie, Abwärme aus Industrie oder Kläranlagen), Infrastrukturen und Versorgungsformen (Wärmepumpen, Nah- und Fernwärme) unterscheiden sich von Ort zu Ort. Auch kann man sie nicht über lange Distanzen transportieren. Darum gibt es – im Gegensatz zum Strom- und Gasnetz – keine bundesweit engmaschig ausgebauten Wärmenetze. Viele lokale Märkte mit unterschiedlichen Akteuren – z. B. Gebäudeeigentümer, Wohnungsunternehmen, Energieversorger, etc. – prägen den Wärmemarkt.

Lösung: Kommunale Wärmeplanung

Deswegen sind Planungsinstrumente wie die kommunale Wärmeplanung gut geeignet. Statt jedes Gebäude einzeln zu sanieren, nimmt sie alle Quellen, Infrastrukturen und gemeinschaftliche Versorgungslösungen im Quartier in den Blick. Städte und Gemeinden bekommen so die Chance, die Wärmeversorgung passend zur Situation vor Ort zu planen und die Netze gebiets-scharf weiterzuentwickeln. Die kommunale Wärmeplanung stellt somit den Gegenentwurf zu einem starren, ordnungsrechtlichen Rahmen dar, der – wie z. B. im Zuge der geplanten „65 % Erneuerbaren Energien“-Anforderung für neue Heizungen ab 2024 – auf einzelne Technologien fixiert und unflexibel ist. Eine zentrale Rolle spielen hier die kommunalen Gasnetze. Zu deren Transformation für die Gasversorgung und zur Rolle von Konzessionsverträgen für die Wärmewende erarbeitet der VKU ein Gutachten.



Statt jedes Gebäude einzeln zu sanieren, nimmt kommunale Wärmeplanung alle Energiequellen, Infrastrukturen und gemeinschaftliche Versorgungslösungen im Quartier in den Blick.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



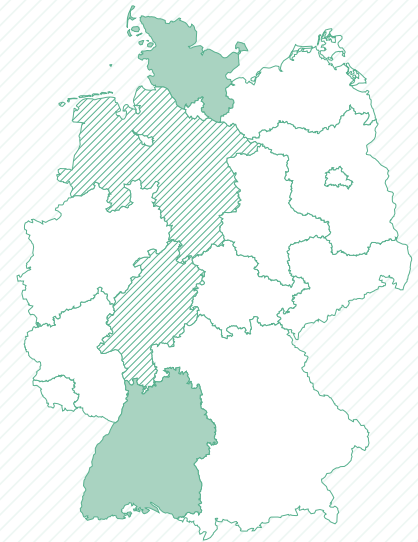


Was der Bund von den Ländern lernen kann

Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben die kommunale Wärmeplanung bereits eingeführt, Niedersachsen und Hessen planen sie. Daraus kann der Bund fünf Lehren ziehen:

- 1. Konnexitätsprinzip anwenden:** Bund und Länder müssen die Kommunen unterstützen und die Kosten vollumfänglich finanzieren.
- 2. Beteiligung und Zusammenspiel mit anderen Instrumenten ermöglichen:** Kommunale Wärmeplanung ermöglicht, Strategien und Maßnahmen verschiedener Akteure aufeinander abzustimmen. Bestehende Pläne sollten berücksichtigt, betroffene Akteure beteiligt werden. Öffentlich-rechtliche Stellen sollten zum Mitmachen verpflichtet werden.
- 3. Unterstützung leisten:** Wie können kleine und mittlere Kommunen die kommunale Wärmeplanung zügig anstoßen und umsetzen? Indem Bund und Länder passende Beratungs- und Unterstützungsleistungen schaffen. Bewährte Tools und Kennzahlen (z. B. Erhebungsplattformen für Musterverträge, Technologiekataloge inkl. CO₂-Faktoren, Technologie- und Erschließungskosten etc.) sowie Best-Practice-Austausch sollten genutzt werden. Technologieoffenheit und Learning by doing sorgen für Tempo. Der Bund sollte allenfalls Mindestanforderungen zu Inhalt und Zielen vorgeben.
- 4. Datenbasis schaffen:** Jeder Plan ist nur so gut wie seine Datenbasis. Es gibt viele Datenquellen, aber auch Hürden bei der Nutzung z. B. Datenlücken, Aktualität, Netzverläufe bei kritischen Infrastrukturen, Betriebsgeheimnisse). Kommunen sollten einen gesetzlichen Anspruch auf Abruf und Verarbeitung von Daten bekommen, die sie für die Wärmeplanung brauchen. Dabei sollte der Datenschutz gewahrt und Nutzungsrechte vertraglich festgehalten werden.
- 5. Verbindlichkeit schaffen und im Förderrecht berücksichtigen:** Kommunale Wärmeplanung sollte für Kommunen und Dritte (z. B. Gebäudeeigentümer) verbindlich sein. Offen ist, wie die kommunale Wärmeplanung mit der verbindlichen Bauleitplanung im Baugesetzbuch sowie im Gebäudeenergiegesetz verknüpft wird oder ob sie durch andere Mechanismen Verbindlichkeit erhält. Für Akzeptanz sollte Politik die kommunale Wärmeplanung fest in den Förderprogrammen verankern und dies bei der anvisierten Überarbeitung der Förderprogramme im Bereich Wärme und Effizienz berücksichtigen.

Kommunale Wärmeplanung: Best-Practice aus Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)





Auch die VKU-Mitgliedsunternehmen helfen in der Ukraine. Sie liefern vor allem technische Hilfsgüter die die kommunalen Unternehmen vor Ort unterstützen.



Es braucht staatlich koordinierte Strukturen zur Abwicklung der Hilfslieferungen, die eine längerfristige Perspektive eröffnen – gerade auch für den Wiederaufbau.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Wasser & Energie: Lagebericht zur **Ukraine-Hilfe**

Mehr als 100 Tage dauert der russische Angriffskrieg auf die Ukraine nun schon an. Neben der Zivilbevölkerung sind auch die kritischen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge Ziel der Angriffe. Bereits in den ersten Tagen des Krieges haben die kommunalen Unternehmen Hilfsgesuche ihrer Kolleginnen und Kollegen aus der Ukraine erreicht.

In großer Solidarität sind zahlreiche Unternehmen bereits einem Spendenaufruf des VKU gefolgt und haben technische Hilfsgüter für die Notversorgung und Wiederherstellung kritischer Infrastrukturen vor Ort bereitgestellt. Ob Transformatoren, Notstromaggregate, Pumpen, Rohre und Fahrzeuge: Für die Hilfe hat die Wasserwirtschaft eigens einen Prozess zur Abwicklung mit dem ukrainischen Wasserverband „Ukrvodokanalecologiya“, der „Schienenbrücke“ der Deutschen Bahn und dem VKU entwickelt.

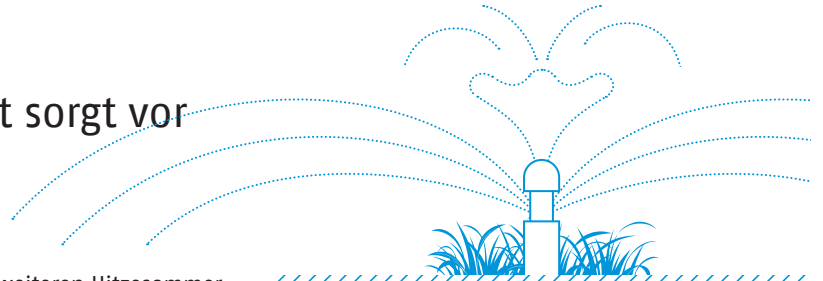
Mit dieser spontan angelaufenen, provisorischen Nothilfe konnte erste Unterstützung geleistet werden, die vor Ort angekommen ist. Es wird jedoch immer deutlicher: Es braucht **staatlich koordinierter Strukturen zur Abwicklung der Hilfslieferungen**, die eine längerfristige Perspektive eröffnen – gerade auch für den Wiederaufbau. Für die **Energiewirtschaft** konnte das bereits auf den Weg gebracht werden. Hier riefen BMWK und GIZ, aufbauend auf den Erfahrungen der Wasserwirtschaft, einen Prozess ins Leben, der die Spendenabwicklung und Transportlogistik für die Unternehmen wesentlich vereinfacht. So konnten bereits Hilfsmittel in Millionenhöhe an ukrainische Versorgungsunternehmen vermittelt werden. Die tatkräftige, selbstorganisierte Hilfe der kommunalen Wasserwirtschaft muss nun auch in diese Strukturen überführt werden. Eine Integration beider Hilfsaktivitäten scheidet aktuell aber an fehlenden finanziellen Mitteln und geteilten Zuständigkeiten der Ministerien.

Sicher ist: Die Ukraine wird weiter Hilfe brauchen – auch aus Deutschland, auch beim Wiederaufbau. Dazu müssen die Prozesse jetzt aufgesetzt und finanzielle Mittel schnell bereitgestellt werden.





Hitzesommer: Wasserwirtschaft sorgt vor



Die kommunale Wasserwirtschaft bereitet sich auf einen weiteren Hitzesommer vor und verliert dabei auch die Anpassung ihrer Infrastrukturen und Systeme an die langfristigen Folgen des Klimawandels nicht aus dem Blick. Beides zeigt eine aktuelle Umfrage unter 190 VKU-Mitgliedsunternehmen.

Mehrheit gut gerüstet, jedoch punktuelle Engpässe möglich

Eines vorab: Niemand muss fürchten, dass infolge von Trockenheit morgen kein Trinkwasser mehr aus der Leitung kommt. Die große Mehrheit der Wasserversorger sieht sich gut für den Sommer gerüstet. Vereinzelt kann eine anhaltende Trockenheit aber erneut einen Stresstest für die Wasserversorgung auslösen. So kann fast jedes dritte Unternehmen zumindest temporäre Engpässe nicht gänzlich ausschließen. Das bedeutet konkret: Jeder fünfte Versorger rechnet mit ressourcenseitigen Knappheiten und jeder zehnte damit, dass Netze und Anlagen bei hohen Spitzenlasten an Grenzen geraten. Viele haben ihre Infrastrukturen in den vergangenen Jahren bereits angepasst, um sie klimaresilienter aufzustellen. Zu den weiteren Vorbereitungen zählen: ein höherer Fremdbezug, der Austausch mit anderen Wasserversorgern zwecks gegenseitiger Hilfe im Ernstfall und Appelle an Kunden, sparsam mit Wasser umzugehen. Diese vier adhoc-Maßnahmen zahlen auch auf das langfristige Klimaresilienz-Ziel ein: Ausbau der Infrastrukturen, Vernetzung und Kooperation sowie Kommunikation mit den Verbrauchern gehören zu den Top 3 Maßnahmen für die Zukunft. **Was wir für Klimaresilienz brauchen:**

Sorgsam mit Wasser umgehen: Sollte im Sommer bei Hitze das Wasser mancherorts knapp werden, sind Maßnahmen notwendig. Das braucht Verständnis – auch und gerade dann, wenn temporäre Einschränkungen der Wassernutzung vor Ort umgesetzt werden müssen.

Ressourcen schützen: Wir müssen Wasserressourcen besser als bisher vor Verschmutzungen und Einträgen schützen, damit sie der Trinkwasserversorgung dienen können. Bei Nutzungskonkurrenzen muss der Vorrang für die öffentliche Wasserversorgung stärker berücksichtigt werden.

Investitionen beschleunigen: Im Koalitionsvertrag steht zurecht die Rolle klimafester Infrastrukturen im Fokus. 8 Mrd. Euro investiert die kommunale Wasserwirtschaft pro Jahr in den Erhalt und die Entwicklung der Systeme: beständig, auf hohem Niveau und wenn möglich in Klimaresilienz. Für die zügige Umsetzung braucht es aber zusätzlich gezielte Förderung und einfachere Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Bis zu

800

Liter

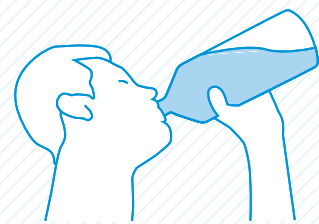
Wasser verbraucht ein
Rasensprenger – pro Stunde!

vs.

127

Liter

verbraucht normalerweise jeder
Verbraucher im Schnitt pro Tag.



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Verband kommunaler Unternehmen e.V.

Invalidenstraße 91, 10115 Berlin

Fon +49 30 58 58 0-0

Fax +49 30 58 58 0-100

info@vku.de

www.vku.de



Rückblick: IFAT 2022

Erstmals nach der Corona-Pause fand vom 30.05. bis 03.06 wieder die IFAT in München statt. Bei der Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft war auch der VKU mit klimaneutralem und dafür ausgezeichneten Stand an Bord.

Beim Branchentreffen mit mehr als 140.000 Besucherinnen und Besuchern aus 162 Ländern und Besuchern ging um die aktuellen Themen und Herausforderungen in der Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Kreislaufwirtschaft: von klimarobusten und enkelfittigen Infrastrukturen und Systemen der Wasserwirtschaft, über Hilfen für die Ukraine und die Digitalisierung der Abfallwirtschaft sowie Azubi-Gewinnung bis zu Lehren aus der Flutkatastrophe im Ahrtal und in NRW 2021.



Was lernen wir aus der Flutkatastrophe? VKU-Vizepräsidenten Karsten Specht und Patrick Hasenkamp ziehen Bilanz: von den Hilfen der kommunalen Unternehmen bei der Krisenbewältigung und Wiederaufbau bis zur Frage, wie uns mehr Resilienz gelingt.



Auch eine Delegation des ukrainischen Verbands der Wasserwirtschaft Ukrvodokanal-ecologiya besuchte den VKU-Stand. Verbandsdirektor Oleksandr Shkin informierte über die Versorgungslage in den attackierten Gebieten.



Höhepunkte waren der Austausch mit Bundesumweltministerin Steffi Lemke und dem bayerischen Umweltminister Thorsten Glauber.